

# Rede zur Haushaltseinbringung 2023 für den Kreis Warendorf

## I. Der Kreishaushalt in einer Ausnahmesituation

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir leben in bewegten Zeiten. Während wir tagen, sterben Soldaten an der Front und Zivilisten in den Städten und Dörfern der Ukraine. Ein furchtbarer Krieg, die mit Abstand größte und tödlichste militärische Auseinandersetzung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, hat direkte und indirekte Auswirkungen auf uns. Flüchtlinge aus der Ukraine finden bei uns Zuflucht, Energie wird als Waffe eingesetzt, die Unternehmen, private Haushalten und die öffentliche Hand vor erhebliche, zum Teil existenzielle Herausforderungen stellt.

Zudem lässt uns **Covid** nicht los und belastet das Gesundheitswesen, auch wenn wir lernen, damit zu leben und dies auch lernen müssen.

Und neben all diesen Problemen müssen wir erhebliche Anstrengungen unternehmen, um dem **Klimawandel** zu begegnen – einerseits durch die Einsparung von CO<sub>2</sub>, andererseits schon heute durch die Abmilderung seiner Auswirkungen auf Menschen und Ökosysteme. Die Flut im Ahrtal und die Hitze mit Wasserknappheit in diesem Jahr haben uns die Gefahren noch einmal deutlich vor Augen geführt.

Mit Blick auf diese Krisen vor allem auf den Krieg in Europa stehen wir, um es mit den Worten des renommierten Historikers Heinrich August Winkler zu sagen, **vor der größten Herausforderung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.**

### **Folie 2**

Die vergangenen Wochen, ich erinnere nur an den Anschlag am 8. Oktober auf die Bahninfrastruktur in Norddeutschland, haben gezeigt, dass unsere

Infrastruktur verwundbar ist und es Kräfte gibt, die in der Lage und willens sind, unserer Gesellschaft zu schaden. Es finden sich aktuell viele weitere Beispiele. Erwähnt sei nur der Hackerangriff auf die IHK bundesweit – die Staatsanwaltschaft Köln spricht von einem „extrem professionellen Angriff – oder der gerade laufende digitale Angriff auf die Kreisverwaltung des Rhein-Pfalz-Kreises.

Ein Ziel dabei ist, einen Keil in die Bevölkerung zu treiben und die Unterstützung Deutschlands für die Ukraine zu schwächen. Doch wir lassen uns nicht von Drohungen einschüchtern. Wir sind es den tapferen Menschen in der Ukraine schuldig, dass wir jetzt bei unserem Kurs bleiben und die Ukrainer nach Kräften unterstützen. Gleichzeitig setzen wir alles daran, dass unsere Gesellschaft geeint bleibt.

Diese Ausnahmesituation bringt unweigerlich Unwägbarkeiten mit sich. So wissen wir nicht, wie viele Ukrainer noch aufgrund des Krieges der russischen Armee gegen die Zivilbevölkerung zu uns fliehen werden und welche finanzielle Unterstützung uns der Bund – wie von der Innenministerin angekündigt - gewähren wird. Schon heute belastet die umfangreiche humanitäre Hilfe für die Kriegsflüchtlinge unseren Haushalt. Wir leisten diese Hilfe mit voller Überzeugung – wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, dass dies unsere Gestaltungsspielräume einengt.

Die gegenwärtige Krise hat uns jedenfalls jetzt schon gezeigt, dass nämlich der zivile Bevölkerungsschutz in Deutschland seit der Wiedervereinigung sträflich vernachlässigt wurde. Wie im Zeitraffer müssen wir jetzt nachholen, was in den vergangenen Jahren aufgeschoben wurde.

### **Folie 3**

Zwar haben wir im Kreis Warendorf bereits in den vergangenen Jahren viel in den Schutz der Bevölkerung investiert – Sirenen, Satellitentelefon, etc. – und die Bevölkerung dafür sensibilisiert, in Ausnahmesituationen gewappnet zu sein.

Dennoch müssen unsere Anstrengungen weitergehen und umfassender werden, damit die Menschen im Kreis Warendorf besser für Naturkatastrophen oder Angriffe auf die kritische Infrastruktur vorbereitet sind.

Wir wollen den Teufel nicht an die Wand malen und es muss auch nichts passieren. Aber ich sage es in aller Deutlichkeit: Es ist nicht ausgeschlossen, dass wir mit einem flächendeckenden Stromausfall über mehrere Tage konfrontiert werden – und dieser ist besser zu überstehen, wenn man vorbereitet ist. Daher unsere Bemühungen, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden, die Bevölkerung zu sensibilisieren, zu informieren und den Menschen hilfreiche Tipps an die Hand zu geben. Und diejenigen, die jetzt den Vorwurf der Panikmache erheben werden nach meiner Erfahrung genau die sein, die hinterher behaupten, sie hätten es vorher gewusst. Und dem Staat auf allen Ebenen vorwerfen, er sei nur unzureichend tätig geworden.

Zurück zu Einbringung: Inwiefern sich die neue weltpolitische Konstellation auf den Kreishaushalt auswirkt, möchte ich Ihnen nun konkret an Zahlen erläutern. Allerdings – und das möchte ich vorweg schicken – werden die kommenden Monate voller Überraschungen sein. Deshalb ist es nicht ausgeschlossen, dass wir an einzelnen Punkten nachsteuern müssen.

.

## **Folie 4**

# **II. Der Haushalt in Zahlen**

## **1. Unterstützung der Kommunen durch Rückgriff auf Reserven**

Der Kreishaushalt 2023 wird ein Volumen von 530 Millionen Euro haben und damit rund 49 Millionen Euro größer sein als der vorherige Haushalt.

Über eine halbe Milliarde Euro setzen wir im Kreis Warendorf für Sozialleistungen, Umwelt- und Klimaschutz, Verkehr und Infrastruktur, Kinderbetreuung, Gesundheit und vieles mehr ein. Davon kommt mehr als die Hälfte (56,1 %) den Menschen als Transferleistungen wie Grundsicherung für Arbeitssuchende oder im Alter, Hilfe zum Lebensunterhalt, Eingliederungshilfe oder Hilfe zur Pflege zu Gute.

Die vergangenen Jahre waren durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Doch statt einer Entspannung liegt nun die nächste, ungleich größere Herausforderung vor uns.

## **Folie 5**

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine spüren wir ganz konkret. **Über 3.500 Menschen** sind vor Raketenangriffen und Terror aus der Ukraine zu uns in den Kreis Warendorf geflohen. Sie werden hier in einer großen Kraftanstrengung der Kommunen und vieler ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger versorgt und integriert. Dafür möchte ich an dieser Stelle meinen aufrichtigen Dank ausdrücken. Jede Familie, die eine Mutter mit Kindern im eigenen Haus aufgenommen hat, teilweise über viele Wochen und Monate, verdient unser aller Respekt. Alle Bediensteten von Kommunen, Kreis und Hilfsorganisationen, die am Wochenende Stunde um Stunde im Einsatz sind, verdienen unsere Anerkennung.

Die finanzielle Unterstützung der Ukrainer nimmt erhebliche Finanzmittel in Anspruch. Eine besondere Herausforderung stellt die Unterbringung, Versorgung und Integration der vielen Vertriebenen dar. Der Kreis rechnet inzwischen mit mindestens 1.300 zusätzlichen Bedarfsgemeinschaften, die nach dem SGB II unterstützt werden müssen.

Der daraus resultierende Mehraufwand belief sich schon bei den 800 Bedarfsgemeinschaften, die wir für das Eckdatenpapier vor sechs Wochen geschätzt hatten, auf knapp 13,7 Mio. Euro, von denen uns bislang rund 2 Mio. Euro nicht vom Bund erstattet werden. Das Sozialamt rechnet mit fast 3,4 Mio. Euro zusätzlich für Krankenhilfe, Hilfen zum Lebensunterhalt und Eingliederungshilfen der ukrainischen Flüchtlinge. Dazu kommen erhebliche

Mehrkosten für Energie (+ 700.000 Euro) und rund 1,6 Mio. Euro zusätzlich für die Heizungskosten der Leistungsempfänger. [In welchem Umfang die sog. Gaspreisbremse diesen Belastungen entgegenwirkt, ist noch nicht genau bekannt.] Allein diese Positionen summieren sich auf knapp 8 Mio. Euro.

Zudem werden sich die Umsetzung des Bürgergeldes und die Energiekrise auf das SGB XII auswirken. Dabei bestehen große Unsicherheiten hinsichtlich der Höhe der vom Kreis Warendorf zu übernehmenden Kosten. Es ist auf jeden Fall davon auszugehen, dass das Bürgergeld und die steigenden Energiekosten finanzielle Auswirkungen haben werden.

Ob noch mehr Menschen bei uns Unterkunft suchen werden, ist angesichts des brutalen Krieges der russischen Armee gegen die Zivilbevölkerung keineswegs ausgeschlossen. Die täglichen Berichte aus dem Süden und Osten des Landes lassen wenig Hoffnung zu und liegen wie dunkle Wolken über dem Horizont.

Angesichts dieser erheblichen Belastung des Kreishaushalts durch die Folgen des Krieges in der Ukraine **brauchen wir Geld vom Bund**. Zwar hat der Bundeskanzler angekündigt, eine Regelung zur **Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbezogenen Kosten** zu finden. Aber eine Zusage für einen **Flüchtlingsgipfel** auf Ebene des Bundeskanzlers kam von Herrn Scholz nicht, obwohl dieser vom Deutschen Landkreistag eindringlich gefordert wurde.

## Landschaftsumlage

### Folie 6

Zudem ist absehbar, dass die Aufwendungen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) massiv steigen werden. Der LWL hat bereits seinen Haushalt 2023 mit einem drastisch gestiegenen Finanzbedarf in die Landschaftsversammlung eingebracht. Danach soll die LWL-Umlage für alle Mitgliedskommunen um rund 13 % steigen. Das würde für den Kreis Warendorf eine Steigerung von etwa 11 Mio. Euro bedeuten. Der Zahlbetrag würde sich auf etwa 87 Mio. € erhöhen.

Wir sind bereit, mögliche Entlastungen durch den LWL an die Kommunen weiterzugeben, müssen die Mehrbelastungen aber erst einmal einstellen. Wir bleiben dabei in engem Austausch mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.

Dazu kommen gestiegene Kosten bei Baumaßnahmen, erweiterte Sozialleistungen wie das Bürgergeld, zusätzliche Aufgaben im Kinderschutz und neue Förderprogramme, die neben erhöhten Transferzahlungen auch zusätzlichen Personalbedarf mit sich bringen.

Erfreulich ist, dass gute Steuer- und Haushaltsentwicklungen der Städte und Gemeinden im laufenden Jahr diese Entwicklung abfedern. Hier zeigt sich ganz konkret, dass wir eine starke Wirtschaft brauchen, um unseren Sozialstaat, aber auch Infrastruktur, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, finanzieren zu können.

## **Folie 7**

Gleichwohl wollen wir die Haushalte der Städte und Gemeinden nicht über Gebühr belasten. Daher sind wir bereit, rund 4,5 Mio. Euro aus der angesparten Ausgleichsrücklage zu verwenden. Der Sicherheitspuffer würde dann nur noch rund 3,3 Mio. Euro betragen.

Allerdings würde sich auch mit dem Rückgriff auf diese Reserven eine ganz erhebliche Erhöhung des Umlagesatzes nicht vermeiden lassen. Um dies weitgehend zu verhindern, schlagen Kämmerer Dr. Funke und ich dem Kreistag einen **erstmaligen und einmaligen Rückgriff** auf die allgemeine Rücklage vor.

Dabei sollen dem Eigenkapital knapp 4 Mio. Euro entnommen werden, um eine zusätzliche Entlastung der Städte und Gemeinden zu ermöglichen. Bislang bestand für die Kommunen und Kreise die Möglichkeit, finanzielle Schäden aufgrund der Pandemie, bilanziell zu berücksichtigen (NKF-CIG). Das Gesetz ermöglicht es, den Pandemie-Schaden als außerordentlichen Ertrag einzuplanen und zu verbuchen.

Der Kreis Warendorf hat bislang von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen müssen, da die erhöhte Bundesentlastung der Kosten der Unterkunft um 25 Prozentpunkte diesen sogenannten Schaden überkompensiert hat. Seit Kurzem liegt ein Gesetzentwurf des Kommunalministeriums vor. Dieser sieht vor, dass nunmehr zusätzlich für 2023 Aufwendungen aufgrund der Ukraine-Krise und der steigenden Energiekosten insoliert werden können. Wie bereits erwähnt, rechnen wir in diesem Bereich mit zusätzlichen Aufwendungen in 2023 von rd. 7,7 Mio. €.

Wir haben uns entschlossen, rund die Hälfte dieses Betrages als außerordentlichen Ertrag in den Haushaltsentwurf einzuplanen und im Jahresabschluss 2023 zu aktivieren. Damit werden die kreisangehörigen Kommunen unmittelbar entlastet. Der Zahlbetrag der Kreisumlage sinkt entsprechend um 3,86 Mio. €. Der so bilanzierte Ukraine-Schaden soll in 2026 mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet werden. So ist sichergestellt, dass zukünftige Generationen nicht übermäßig belastet werden.

Die besonders schwierige Finanzlage unserer Kommunen erfordert ausgefeilte und innovative Maßnahmen. Denn ohne den beabsichtigten Einsatz der allgemeinen Rücklage müsste der Hebesatz auf 31,6 Prozent erhöht werden.

## **Folie 8**

Durch den Rückgriff auf die Rücklage müssen wir **den Hebesatz auf 30,8 % anheben**.

Der Zahlbetrag der Kreisumlage wird 2023 mit 148,65 Mio. Euro über dem Niveau der Vorjahre liegen.

Die Stellungnahme und die Pressemitteilung zeigen, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unsere Anstrengungen als wohlwollend und solidarisch wahrgenommen haben. Dass über gestiegene Umlagen niemand begeistert ist, versteht sich von selbst. Das gilt natürlich auch für den Kreis gegenüber dem LWL.

# Die großen Etat-Posten:

**Das Jobcenter** hat einen Etat von über 140 Mio. Euro. Aus dem Kreishaushalt fließen 2023 voraussichtlich 31,8 Mio. Euro ins Budget des Jobcenters – vor allem für die Grundsicherung arbeitsuchender Menschen. Das sind 7,5 Mio. Euro mehr als 2022, was vor allem auf die hohe Zahl an Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine zurückzuführen ist.

Die Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) sind natürlich auch aufgrund steigender Mieten und stark angestiegener Energiekosten höher veranschlagt worden.

Allerdings beinhaltet diese Zahl auch 1.000 Bedarfsgemeinschaften von Flüchtlingen, die nicht aus der Ukraine kommen und meist schon länger hier leben und für die die zunächst 100-prozentige Kostenerstattung durch den Bund seit 2022 gestrichen wurde.

Das Budget des Sozialamtes umfasst rund 65 Mio. Euro. Die aus dem Kreishaushalt zu stammenden Leistungen des Sozialamtes steigen um voraussichtlich 5 Mio. Euro und beinhalten einige **Unwägbarkeiten** angesichts des Kriegs in der Ukraine, aber auch aufgrund des sog. Bürgergeldes, das auch die finanziellen Hilfen zur Pflege und zum Lebensunterhalt erheblich anwachsen ließen.

## Folie 9

Die allgemeine Kreisumlage macht – wie im Vorjahr - einen Anteil von 36,4 % der Finanzierung des Haushaltes aus. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass über 60 % der finanziellen Mittel **nicht** von den Städten und Gemeinden aufgebracht werden müssen.



## **Folie 10**

### **Die Dynamik bei der Jugendamtsumlage ist gebremst**

Der Hebesatz für die Jugendamtsumlage wird 2023 bei 20,0 % liegen und damit leicht unter dem Niveau von 2022 (21,1 %) bleiben. Der Zahlbetrag erhöht sich allerdings aufgrund der gestiegenen Umlagegrundlagen um rund zwei Mio. Euro auf knapp 52 Mio. Euro. Darin enthalten sind knapp 1 Mio. € zum Abbau von Defiziten, die im Jugendamtsbudget in Vorjahren entstanden sind.

## **Folie 11**

### **Schuldenabbau bleibt wichtig**

Aus Respekt vor unseren Kindern und Enkeln ist es seit vielen Jahren unser Ziel, Schulden konsequent abzubauen. Trotz angespannter Haushaltssituation des Kreises werden wir unserer Verantwortung nachfolgenden Generationen gegenüber gerecht und bauen weiter Schulden ab.

Angesichts steigender Zinsen und enger werdender Gestaltungsspielräume zeigt sich heute, dass es in der Vergangenheit richtig, weitsichtig und verantwortungsvoll war, trotz historisch niedriger Zinsen konsequent Schulden abzubauen.

Im kommenden Jahr wollen wir den Schuldenstand um weitere rund 400.000 Euro auf dann etwa 3,8 Mio. Euro absenken. Der Zinsaufwand reduziert sich in der Folge von 125.000 Euro im Jahr 2022 auf 115.000 Euro im Jahr 2023.

## **Folie 12**

### **Stellenplan an gestiegene Aufgaben anpassen**

Der Haushaltsplan weist insgesamt 1073,5 Planstellen aus. Dazu gehören 44,5 zusätzliche Stellen, von denen 30,5 Stellen vollständig oder teilweise refinanziert

sind. Lediglich 14 Stellen sind nicht refinanziert. Zudem spart der Kreis 3,5 Stellen ein.

Der Stellenaufwuchs lässt sich vor allem mit immer weiteren Aufgaben, die von Bund und Land auf den Kreis übertragen werden, erklären. So hat allein ein neues Kinderschutzgesetz für 6,5 zusätzliche Stellen gesorgt. In diesem Fall erhalten wir eine Refinanzierung. Das ist leider nicht immer so.

Bund und Land fordere ich in diesem Zusammenhang auf, ihre Hausaufgaben zu machen und die Kommunen mit entsprechenden Finanzmitteln auszustatten. Denn es sind doch auch in erheblichem Maße die Kommunen, die mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Auswirkungen der Krisen dieser Welt schultern müssen.

Eines wird an diesem Stellenplan jedoch auch deutlich: trotz aller Deregulierungskommissionen und Entbürokratisierungsinitiativen – wir bauen ständig mehr und neue Bürokratie in Deutschland auf.

Der Staatsrechtler Reinhold Zippelius stellte bereits vor 30 Jahren fest: „Erst allmählich tritt ins öffentliche Bewusstsein, dass nicht nur der autoritäre Staat, sondern auch ein Rechtsstaat totalitäre Züge annehmen kann, d.h. dahin tendieren kann, dass das Leben einer Gemeinschaft umfassend zu reglementieren. Kurz, Freiheit und Selbstständigkeit der einzelnen sind auch durch ein Übermaß staatlicher Regelung und Vorsorge bedroht“.

Und Bundeskanzler Helmut Schmidt erklärte im November 1979, er selbst kenne gar nicht mehr alle Gesetze, die er unterschreibe, den Fachminister gehe es nicht anders.

Kurzum: Der Gesetz- und Verordnungsgeber ist „bienenfleißig“. Das zwingt uns zu mehr Personal und treibt unsere Haushalte immer mehr in die Höhe. Die Entwicklung in den Städten und Gemeinden, bei den Nachbarkreisen und dem LWL zeigt, dass es eine Entwicklung ist, die nur in Düsseldorf, Berlin und Brüssel geändert werden kann.

# Risiken und Chancen des Haushaltes

Neben den bereits erwähnten zusätzlichen Bedarfsgemeinschaften im Jobcenter werden sich voraussichtlich noch weitere Änderungen ergeben.

**Weitere Risiken** lauern im Bereich des Sozialamtes bei den Auswirkungen des Bürgergeldes, der Energiekosten und der Pflegekosten. Auch beim Jugendamt könnten eine voraussichtliche Erhöhung der Pauschalbeträge für die Vollzeitpflege, steigende Fallzahlen und Kostensteigerungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung für Mehrkosten sorgen.

Weitere Unwägbarkeiten bergen die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst, bei denen die Arbeitnehmerseite erhebliche Tariferhöhungen gefordert hat.

**Mögliche Entlastungen** könnten sich durch Erstattungen des Bundes aufgrund des Krieges in der Ukraine und Erträge aus Zuwendungen im Bereich des ÖPNV ergeben.

Zudem ist eine Senkung des Hebesatzes der Landschaftsumlage insbesondere aufgrund der Möglichkeit Ukraine- und Corona-Schäden zu isolieren zumindest nicht ausgeschlossen.

Ich werde alles daran setzen, den eingebrachten Hebesatz von 30,8 % stabil zu halten. Wir werden Sie in den jetzt beginnenden Haushaltsplanberatungen immer wieder auf den neuesten Stand bringen. Aber bis Dezember ist ja auch noch Zeit!

## III. Ausgewählte Schwerpunkte

### Folie 13

#### 1. Bevölkerungsschutz

Die neuen Aufgaben bedingen es, wieder verstärkt in den Schutz der Bevölkerung zu investieren. Ein zentraler Aspekt unserer Agende ist in diesem Kontext die Planung eines **Zentrums für Bevölkerungsschutz**.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus den Überschwemmungsereignissen des Jahres 2021, der Flüchtlingslage 2015 und der weiterhin anhaltenden Corona-Pandemie wurde die Verwaltung in der Kreistagssitzung am 17.12.2021 **von Ihnen** mit einem einstimmigen Beschluss beauftragt, hinsichtlich notwendiger Räumlichkeiten für den Katastrophenschutz entsprechende Lösungsoptionen durch den Bau oder die Anmietung entsprechender Räumlichkeiten zu entwickeln.

Die vergangenen und aktuellen Einsatzlagen verdeutlichen, dass geeignete Räumlichkeiten für den Katastrophenschutz **fehlen**. Um einen ausreichenden und professionellen Katastrophen- und Bevölkerungsschutz zu gewährleisten, ist neben einer erforderlichen Flexibilität von Räumlichkeiten insbesondere eine Zentralisierung anzustreben, um Ausstattung, Material, Hilfsgüter und Logistik dauerhaft vorzuhalten und betreuen zu können.

Auch die aktuelle Sorge bzgl. einer drohenden Energiemangellage und ein gegebenenfalls daraus entstehender „Blackout“ mit seinen Folgen zeigt, wie wichtig es ist, eine zentrale Anlaufstelle für die Bevölkerung, die Einsatzkräfte und die freiwilligen Helfer vorzuhalten.

In einem solitären Gebäude - mit guter Anbindung zum Krisenstab und der Einsatzleitung - sollte ein zentrales Raumangebot zur Möglichkeit der Information der Bevölkerung, vielseitig nutzbaren Besprechungs-, Schulungs- und Lagerräumen sowie einer für den Bevölkerungsschutz multifunktional nutzbaren Halle geschaffen werden.

Aufgrund der hohen und sehr speziellen Anforderungen an ein derartiges Zentrum für Bevölkerungsschutz ist eine Anmietung bestehender Objekte nicht möglich. Auch zeigen die Erfahrungen anderer Kreise den hohen Nutzen der Zentralisierung von Einrichtungen des Katastrophenschutzes mit entsprechender Abstimmung auf die lokalen Bedarfe. Hinsichtlich eines notwendigen Raumprogramms ergeben sich nach ersten Überlegungen folgende Anforderungen:

### **Unterbringung der Einsatzführungsfahrzeuge des Stabes der Einsatzleitung**

Die Einsatzfahrzeuge des Kreises sollen in einer eigenen Fahrzeughalle untergebracht werden und würden der Einsatzleitung zur Aufgabenerfüllung zeitnah zur Verfügung stehen. Mögliche Reserven für weitere bzw. bereits vorhandene Katastrophenschutzfahrzeuge und Geräte (z.B. Reserve-RTW, Stromanhänger, etc.) müssen eingeplant werden.

### **Materiallager**

In einer Halle sind Schutzmaterialien, persönliche Schutzausrüstung (Schutzmasken, Schutzanzüge, Desinfektionsmittel), Hilfsgüter, Not-Betten, Decken, Zelte, usw., zur Verteilung zu lagern. Zusätzlich sollte auch ein Zentrallager des Rettungsdienstes eingeplant werden.

### **Sonderaufgaben / Einrichtungen**

In einer multifunktional nutzbaren Halle mit sanitären Anlagen, Heizung, Notstrom, Bestuhlung und Küche könnte auf unterschiedlichste Lagen schnell reagiert werden: Sie könnte auch als Impfhalle, zur Unterbringung evakuierter Personen oder als Anlaufstelle für die Bevölkerung dienen. Synergien könnten durch die Nutzung zu Übungszwecken oder für größere Informationsveranstaltungen im Bereich des Bevölkerungsschutzes erreicht werden.

### **Besprechungs- Schulungs- und Sozialräume**

Aktuell verfügt der Kreis nur sehr eingeschränkt über eigene Schulungsräume, obwohl die Aus- und Fortbildung von Einsatzkräften sehr wichtig ist. Daher müssen wir Schulungsräume vorhalten und Übungsmöglichkeiten schaffen. Schulungs- und Besprechungsräume könnten auch zur Nutzung für Fachberater des Krisenstabes oder für das Bürgertelefon, die Kontaktpersonennachverfolgung oder die Personenauskunftsstelle im Rahmen der Abarbeitung einer Lage genutzt werden.

### **Büroräume**

In einem Zentrum für Bevölkerungsschutz sollten auch die Verwaltungs- und Büroräume des Fachamtes untergebracht werden. Dieses würde zu einer Entzerrung der Raumsituation im Kreishaus führen und im Rahmen einer Zentralisierung der Aufgaben und Vorhaltung von Materialien des

Bevölkerungsschutzes eine optimale Betreuung und Verbesserung der Abläufe ermöglichen.

### **Trinkwasserverteilanlagen**

Zudem beschaffen wir **vier mobile Trinkwasserverteilanlagen** zur Unterstützung der Trinkwasserversorgung bei Ausfall der Wasserversorgungsanlagen im Kreisgebiet. Sie wurden bereits 2022 in Auftrag gegeben und werden 41.000 € kosten. Wenn kein Trinkwasser zur Verfügung steht, ermöglichen sie die Abgabe von Trinkwasser, das mit Tankwagen herangebracht wird, an die Bevölkerung.

Zudem beschaffen wir einen Stromerzeuger (43 KvA) zur Unterstützung der kritischen Infrastruktur bei einem Stromausfall. Die Beschaffung wurde bereits 2022 in Auftrag gegeben und beläuft sich auf 53.500 €.

Die vorhandene Ausstattung für Bahnunfälle ist überaltert und nicht ausreichend. Daher ist eine Neubeschaffung und Ergänzung auf den Stand der Technik besonders für die Personenrettung bei Bahnunfällen erforderlich.

Hinsichtlich der Beschaffung wird eine detaillierte interkommunale Abstimmung zwischen den Kreisen Warendorf, Coesfeld und der kreisfreien Stadt Münster erfolgen.

## **Folie 14**

### **Medienkampagne zur Eigenvorsorge**

Neben der Planung eines Zentrums für Bevölkerungsschutz haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, die Resilienz unserer Bevölkerung zu stärken. Um die Bürgerinnen und Bürger für die Vorbereitung auf außergewöhnliche Situationen zu sensibilisieren, haben wir eine Medienkampagne angestoßen.

Darin weisen wir auf die Notwendigkeit von Eigenvorsorge und Eigenverantwortlichkeit hin. Wir werden dabei herausarbeiten, dass **auch bei uns** außergewöhnliche Ereignisse stattfinden können!!!

Wir weisen aber auch sehr plastisch darauf hin, dass die Menschen sich auf einige Situationen vorbereiten müssen. Dabei geht es um Vorräte, einen Notfallrucksack, Dokumentenmappen und einiges mehr. Tenor: Besser man ist vorbereitet.

## Übung Feldkabelbau

Auch unsere Hilfsorganisationen bereiten sich auf außergewöhnliche Lage vor und üben bereits gemeinsam. Denn, wer gemeinsam trainiert hat, kennt sich und kann im Notfall besser zusammenarbeiten.

**So findet etwa morgen** eine gemeinsame Übung von THW, Maltesern und Kreismitarbeitern statt. Sie werden ein sog. Feldkabel vom Kreishaus zur Redaktion von RadioWAF am Schweinemarkt in der Warendorfer Innenstadt legen. Über dieses Feldkabel könnte man bei einem Stromausfall wichtige Informationen aus dem Krisenstab ans Radio weitergeben, das dann die Bevölkerung informieren würde. Der Sender ist mit einem Notstromaggregat ausgestattet und könnte auch bei Stromausfall arbeiten.

## 2. Klimawandel und Mobilität

Der fortschreitende Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Dabei geht es sowohl um die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen als auch um die Anpassung an die schon heute spürbaren Folgen der Klimaveränderung.

Wo wir konkret Maßnahmen ergreifen können, tun wir dies, etwa bei der energetischen Sanierung unserer Gebäude. Lassen Sie mich dazu einige Maßnahmen darstellen.

### **Folie 15**

Bestes Beispiel für die energetische Gebäudesanierung ist die Astrid-Lindgren-Schule in Beckum, die wir **vor wenigen Tagen** nach einer grundlegenden

Sanierung eröffnen konnten. Bei der Maßnahme haben wir alte Fenster und Außentüren ausgetauscht, die Fassade zusätzlich gedämmt, eine Pelletheizung und eine moderne Gebäudeleittechnik (Lüftung, Raumtemperatur, etc.) eingebaut sowie LED-Beleuchtung mit Steuerung über Präsenzmelder installiert.

Selbstverständlich werden auch beim Neubau von Gebäuden, etwa beim neuen Verwaltungsgebäude des Kreises in Beckum, **höchste Energie-Effizienz-Standards** eingehalten. Der Betrieb des Gebäudes erfolgt CO<sub>2</sub>-neutral, da wir das Gebäude über eine mit Ökostrom betriebene Wärmepumpe beheizen. Modernste LED-Beleuchtung in allen Räumen sowie eine hocheffiziente Lüftungsanlage in innenliegenden Räumen ermöglichen einen CO<sub>2</sub>-neutralen Gebäudebetrieb. Das ist unser Maßstab für alle zukünftigen Bau- und Sanierungsmaßnahmen, wie etwa der in Planung befindliche **Schulische Lernort Warendorf**.

## **Folie 16**

**Wo es möglich ist, installieren wir PV-Anlagen.** So haben wir 2021 rund 275 Kilowatt/Peak (kWp) zugebaut und selbst genutzt. Weitere 150 Kilowatt/Peak befinden sich am Berufskolleg Warendorf aktuell im Bau. Zudem führen Potenzialanalysen an mehreren Standorten durch. Dabei werden potenzielle Flächen ermittelt und die Speichernutzung geprüft. Eine Machbarkeitsstudie zur PV-Anlagen auf PKW-Stellplätzen ist ebenfalls in Arbeit.

## **Folie 17**

**Im Kreishaus und allen anderen Liegenschaften optimieren wir den Betrieb mit Unterstützung von moderner Gebäudeleittechnik.** Dabei geht es unter anderem um die optimale Regelung der technischen Anlagen, die Anpassung der Laufzeiten von Heizung oder Lüftung und damit die Einsparung von Energie, Kosten und CO<sub>2</sub>. Darüber hinaus beziehen wir weiterhin 100 % Ökostrom und seit 2022 10% Biogas für das Kreishaus.



## **Erdwärme**

### **Folie 18**

Im Jahr 2020 konnte der Kreis Warendorf die höchste Zubaurate für Erdwärmeheizungen in NRW verzeichnen. Der Kreis Warendorf landete mit knapp vierhundert neu erbauten Sondenanlagen, die insgesamt über eine Leistung von mehr als 2.100 kW verfügen, an der Spitze. Außerdem wurden vier Kollektoranlagen und zwei Wasser-Wasser-Anlagen zugebaut. Die Stadt Warendorf erhielt zudem den Preis als „Erdwärme Gemeinde NRW“.

## **Windkraft**

### **Folie 19**

Der Kreis Warendorf leistet mit seinen 197 Windenergieanlagen, die 322 MW erzeugen, einen wichtigen Anteil an regenerativen Energie. Um klimaneutral zu werden, müssen bis 2040 insgesamt 122 neue Windenergieanlagen im Kreis Warendorf errichtet werden.

9 Windräder mit 34 MW Leistung sind genehmigt, aber noch nicht errichtet. 22 weitere Anlagen mit 115 MW sind im Genehmigungsverfahren. Wir sind also bereits heute auf einem sehr guten Weg. Für 24 WEA erwarten wir in Kürze die Anträge.

Um der Windenergie substanziell mehr Raum zu geben, haben mehrere Städte und Gemeinden inzwischen ihre Planung von Konzentrationszonen im Flächennutzungsplan aufgehoben. Der Kreis Warendorf wird – wie das gesamte Münsterland – einen wesentlichen Anteil zum Ausbau der Windenergie und zum Erreichen der Klimaziele in Deutschland beitragen. Mit rund 40 Anlagen sind bereits etwa ein Drittel der erforderlichen oben genannten Windenergieanlagen aktuell genehmigt oder in Antragsverfahren. Noch ist das Kreisbauamt als Untere Immissionsschutzbehörde für die Genehmigungen zuständig. Dass das Land die Genehmigungszuständigkeit jetzt an sich ziehen möchte, ist völlig unverständlich.

Und in diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass im vergangenen Jahr 75 % aller geplanten Maßnahmen beklagt wurden. Wir brauchen die Windräder, damit die Energiewende gelingt. Wir brauchen aber auch einen breiten gesellschaftlichen Konsens und klare, transparente Abstandsregelungen. Ohne die Menschen auf dem Land mitzunehmen, werden wir unsere Klimaziele verfehlen.

## Reaktivierung WLE (Münster – Sendenhorst)

### Folie 20

Ein zentraler Baustein der „Verkehrswende“ ist die Reaktivierung der Westfälischen-Landeseisenbahn als **Vorstufe** zur Münsterland S-Bahn. Wir wollen, dass die Berufspendler aus dem Umland mit einem ÖPNV nach Münster fahren, der eine echte Alternative zum Auto ist. Wir wollen die Bahn attraktiv machen, nicht das Autofahren erschweren ohne Alternativen anzubieten.

Die WLE ist mit insgesamt 8 Halten auf der gut 21 Kilometer langen Strecke bestens ausgestattet, um eine **engmaschige Bedienung** zu ermöglichen. Neben dem Hauptbahnhof Münster entstehen fünf der acht Haltepunkte auf dem Gebiet der Stadt Münster und zwei weitere Haltepunkte in Albersloh und Sendenhorst. Sie runden das gute Angebot an Haltepunkten auf der Strecke ab.

Bereits beschlossen ist der Einsatz von **lokal emissionsfreien Triebwagen**. Der Auftrag wurde durch den NWL bereits an einen spanischen Hersteller vergeben, der die Batterie-Elektrischen Fahrzeuge liefern wird.

Diese Fahrzeuge laden sich an vorhandenen Oberleitungen auf und überbrücken nicht elektrifizierte Streckenabschnitte mit Strom aus dem Akku. Dieses Modell soll im Rahmen des S-Bahn-Systems auf weiteren Strecken im Münsterland zum Zuge kommen, immer dann, wenn keine durchgehende Oberleitung vorhanden ist.

Bis zum 16.11.2022 liegen die überarbeiteten Pläne öffentlich aus. Nach dem sich anschließenden Erörterungstermin erwarten wir dann den **Planfeststellungsbeschluss**, mit dem eine weiterer wichtiger Meilenstein zur Reaktivierung der Strecke erreicht wird.

Neben dem Abschnitt Münster – Sendenhorst werden auch für die weiteren **Abschnitte Sendenhorst – Neubeckum – Lippstadt – Warstein Machbarkeitsstudien** erstellt, um diesen wichtigen Korridor weiter zu entwickeln. Die Ergebnisse werden im ersten Halbjahr 2023 erwartet.

## Velorouten

### Folie 21

Das Rad hat bei uns im Münsterland seit jeher einen hohen Stellenwert und einen überdurchschnittlich hohen Anteil am Individualverkehr. Das bezeugen auch immer wieder von uns beauftragte Modal-Split-Untersuchungen. In diesem Zusammenhang haben wir mit dem Radverkehrskonzept wichtige Grundlagen für die schnelle Fahrradmobilität im Kreis Warendorf geschaffen.

Ein wichtiger Baustein sind hierbei die Velorouten, die sowohl im Zulauf auf das Oberzentrum Münster als auch innerhalb des Kreises zu einer klimafreundlichen Mobilität beitragen.

**Als erste „neue“ Veloroute** soll die Strecke von Telgte nach Münster realisiert werden. Hier befinden wir uns auf einem guten Weg, da Teilabschnitte bereits verwirklicht sind und an den restlichen Teilstücken mit Hochdruck gearbeitet wird. Als Straßenbaulastträger sind wir selbst mit der Verbindung Alverskirchen – Wolbeck dabei. An der dortigen K3 laufen die entsprechenden Planungen.

## AltbauNeu

### Folie 22

Die Sanierung von Bestandsbauten birgt ein großes Potenzial im Hinblick auf die

regionale Wertschöpfung im Kreis Warendorf, die Einsparung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und Ressourcen, soziale Aspekte wie Barrierefreiheit und Mehrgenerationenwohnen – und nicht zuletzt den Werterhalt bzw. die Wertsteigerung der sanierten Immobilien. Daher beteiligen wir uns am Projekt: AltbauNeu, das zum Sanieren ältere Wohngebäude anregen soll. Das macht Sinn, denn etwa 70 % der Gebäude im Kreisgebiet sind vor 1988 errichtet worden und daher nur teilweise energetisch saniert.

## **Öko-Modellregion (ab 1. Dezember 2022)**

### **Folie 23**

Auch der Landwirtschaft kommt eine wichtige Rolle beim Klimaschutz zu. Daher freue ich mich, dass der Kreis Warendorf ab Dezember Teil der Öko-Modellregion Münsterland wird.

Das Projekt wird über 3 Jahre mit 300.000 Euro vom nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerium gefördert. Übergeordnetes Ziel des Projekts ist, über bessere Erschließung regionaler Absatzpotentiale das Umstellungsinteresse der Landwirte und damit den Anteil an ökologisch bewirtschafteter Fläche zu steigern, denn bislang werden nur 1,9 % aller landwirtschaftlichen Betriebe im Münsterland ökologisch bewirtschaftet.

Um dieses übergeordnete Ziel zu erreichen, soll der Bio-Anteil in der Außer-Haus-Versorgung erhöht, der Vertrieb von Bio-Lebensmitteln gestärkt und die regionale Bio-Wertschöpfungskette gestärkt werden. Die Vermarktung soll unter dem Slogan „Das Münsterland is(s)t bioregional!“ eingebettet in die Regionalmarke „Münsterland. Das gute Leben“ erfolgen.

# Mehr Wald: Für jeden Bürger und jede Bürgerin einen Baum

## Folie 24

Bäume und Sträucher sind wichtige Akteure beim Kampf gegen den Klimawandel, denn sie entnehmen der Atmosphäre CO<sub>2</sub>, geben Sauerstoff ab, kühlen ihre Umgebung, reinigen die Luft und schützen vor Erosion.

Deshalb ist es mein Ziel, dass wir im vergleichsweise waldarmen Münsterland wieder vermehrt Bäume und andere Gehölze pflanzen. Auf diesem Wege einer kontinuierlichen Pflanzung wollen wir das Ziel, für jeden Einwohner und jede Einwohnerin einen Baum zu pflanzen, auch erreichen.

So werden wir werden schon in der Pflanzperiode 2022/2023 in Kooperation mit Wald und Holz NRW (Landesforst) **12.500 Setzlinge auf Klein- und Kleinstflächen im gesamten Kreisgebiet ins Erdreich bringen**. Diese Kooperation wird in den Folgejahren kontinuierlich fortgesetzt. Begrenzender Faktor für die Realisierung des Pflanzziels sind, wie auch bei anderen Projekten, geeignete Flächen.

Darüber hinaus haben wir über verschiedene Pflanzaktivitäten wie „Ran an die Schaufel“, verschiedene Obstbaumpflanzaktionen, Heckenförderprogramme und Naturschutzmaßnahmen seit Ausrufen der Aktion im Jahr 2020 insgesamt über 11.000 weitere Gehölze pflanzen können

## 3. Digitalisierung und künstliche Intelligenz

### Folie 25

Wir wollen weiter Vorreiter bei der Digitalisierung der Verwaltung bleiben. In allen Bereichen packen wir die Digitalisierung von Arbeitsprozessen an. Die Einführung der E-Akte wird kontinuierlich und sukzessive umgesetzt.

In einigen Ämtern ist die E-Akte bereits vollständig im Einsatz. Das Jobcenter und die Ausländerbehörde profitieren bereits von schnelleren, digitalen Verfahren.

Auch das Personalamt hat sich jetzt auf den Weg gemacht und 1400 Personalakten einscannen lassen, die nun nur noch ausschließlich digital bearbeitet werden. Hierzu war eine einjährige Vorbereitungszeit erforderlich, in der viele Prozesse digital abgebildet wurden.

Der Mehrwert der Digitalisierung liegt auf der Hand: Zum einen wird die Verwaltung effizienter, zum anderen können wir so auch Aktenräume sinnvollerweise anders nutzen. Die Kreisverwaltung wird sukzessive alle Ämter in die digitale Welt überführen. Das Haupt- und Personalamt und die IT begleiten die einzelnen Projekte und sorgen für die Umsetzung. Selbstverständlich kostet das auch Personalressourcen. Eine digitale Verwaltung gibt es nicht zum Nulltarif.

## Das digitale Bauamt

### Foto 26

Ein weiterer Baustein ist **das digitale Bauamt**. Ende September konnte der erste digitale Bauantrag im Kreis Warendorf ohne jegliche Papierformulare genehmigt werden. Dabei handelt es sich um eine Trafo-Station der Stadtwerke Ostmünsterland in Telgte.

Schon bald – voraussichtlich im Frühjahr 2023 – können Bauherren das gesamte Baugenehmigungsverfahren digital und papierlos abwickeln, denn das Kreisbauamt ist Modellkommune im Modellprojekt „digitales Baugenehmigungsverfahren“ des NRW-Bauministeriums. Ende 2021 war der Kreis Warendorf als erste Bauaufsichtsbehörde in NRW an das im Modellprojekt entwickelte Bauportal.NRW angebunden worden. Mit diesem Leuchtturmprojekt sind wir bei den Bauaufsichtsbehörden in NRW ganz vorne dabei.

# Breitbandausbau

## Folie 27

**Mit dem Bundesförderprogramm Breitband werden wir** 13.500 Haushalte, 2.000 Gewerbebetriebe sowie 50 Schulen bis Ende 2023 mit schnellem Internet versorgen. In allen 13 Kommunen haben die Bauarbeiten begonnen. In Ostbevern, Wadersloh, Beelen und Sassenberg sind bereits Anschlüsse aktiviert. Die übrigen Kommunen sollen in den nächsten Monaten folgen.

Heute sind 1.758 Kilometer (von 2585) Tiefbauarbeiten fertiggestellt. Das sind 68 Prozent der gesamten Tiefbauleistung.

**Über das Landesförderprogramm (Breitbandversorgung der Schulen/Richtlinie des Landes NRW) wurden** 19 Grund- und Förderschulen mit Glasfaseranschluss versorgt. Seit August 2022 sind alle Anschlüsse fertiggestellt.

**Darüber hinaus konnten nun die Zuschläge für den Sonderaufruf Gewerbegebiete** erteilt werden. Zwischen 2023 – 2025 können so rund 1.000 Unternehmen in 8 Kommunen ans schnelle Internet angeschlossen werden. Wir schließen so Wirtschaftlichkeitslücke von eine 9,2 Mio. Euro. Das bedeutet eine enorme Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Kreis Warendorf.

Der Breitbandausbau ist eine extrem effiziente Infrastrukturmaßnahme die den Standort Kreis Warendorf massiv stärkt. Alle Unternehmen sind heute auf stabile Breitbandverbindungen angewiesen um konkurrenzfähig zu bleiben. Deshalb ist es gut, dass wir beim Breitband-Ausbau auf dem Land so weit vorne liegen.

Mit Erleichterung habe ich daher zur Kenntnis genommen, dass die Bundesregierung, den Breitbandausbau auch in den folgenden Jahren mit jeweils 3 Mrd. € jährlich fördern will. Das ist nach dem überraschend verkündeten Förderstopp in der vergangenen Woche ein wichtiges Signal. Gut ist auch, dass alle bis zum Förderstopp gestellten Anträge – wenn auch erst im neuen Jahr – noch beschieden werden sollen. Ob die 3 Mrd. ausreichen ist allerdings fraglich. Minister Wissing hatte das laufende Programm deshalb gestoppt, weil es allein

durch Förderungen aus Sachsen und Bayer überzeichnet war. Viele Fragen sind für die künftige Förderung noch offen. Wir befürchten eine Priorisierung zugunsten von Regionen, bei denen nicht viel passiert ist. Das würde uns treffen und wäre fatal. Wir werden selbstverständlich im November mit den Vorbereitungen für die nächste Förderung (graue Flecken) beginnen. Was wir jetzt brauchen, ist Vorfahrt für die Digitalisierung und kein stotternder Motor.

## **Gesundheitsamt erhält Fördermittel für Digitalisierung**

### **Folie 28**

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) spielt eine zentrale Rolle bei der Prävention, Gesundheitsförderung und dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung in Deutschland. Im Gesundheitsamt des Kreises Warendorf sollen in den kommenden zwei Jahren gemeinsam mit dem Amt für Informationstechnik und Digitalisierung wesentliche digitale Strukturen und Prozesse ausgebaut sowie digitale Angebote bereitgestellt werden.

Ermöglicht wird dies durch eine Förderung von insgesamt bis zu 2,6 Millionen Euro, die der Kreis Warendorf im Zuge des „Digitalen Gesundheitsamt 2025“ beantragt und bewilligt bekommen hat. Mit Hilfe der Fördermittel sollen sowohl der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) als auch der Infektionsschutz gestärkt und modernisiert werden.

## **4. Inklusion**

### **Neubau des schulischen Lernortes für in Warendorf für emotionale und soziale Entwicklung**

### **Folie 29**



Auch an der Umsetzung des Förderschulkonzeptes des Kreises Warendorf wird weitergearbeitet. Es soll parallel zum Lernort in Ahlen auch ein Angebot im Nordkreis für Schülerinnen und Schüler mit besonders ausgeprägtem, umfassenden Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung (ESE) voraussichtlich ab dem Schuljahr 2024/25 geschaffen werden.

Am Standort des Paul-Spiegel-Berufskollegs Warendorf ist – nach wie vor – der Neubau eines Schulischen Lernortes, Standort Warendorf – geplant. Der erforderliche Bauantrag wurde im Mai 2022 gestellt; die Baugenehmigung steht noch aus. Der voraussichtliche Baubeginn ist im Jahr 2023.

Zur Finanzierung dieses Neubaus sind insgesamt rund 3,9 Mio. € in den Jahren 2020 bis 2024 in den Kreishaushalt eingestellt. In Höhe von 1 Mio. € ist die Finanzierung der Maßnahme aus dem zeitlich befristeten Förderprogramm „NRW.Bank.Gute Schule 2020“ vorgesehen.

## **OGS Anspruch sukzessive ab 2026 im Primarbereich**

### **Folie 30**

Das Ganztagsförderungsgesetz sieht vor, dass ab August 2026 alle Grundschul Kinder der 1. Klasse einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung haben. In den Folgejahren wird der Anspruch um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Ab August 2029 hat jedes Grundschulkind einen gesetzlichen Anspruch.

Nun gilt es an beiden Standorten der Astrid-Lindgren-Schule in Warendorf und Beckum, die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen. Am Standort in Warendorf sind ausreichend Räumlichkeiten vorhanden.

Für den Standort in Beckum ist der Neubau eines OGS-Gebäudes erforderlich; die neue Gesetzeslage war beim **Kauf der Schulimmobilie im Jahr 2019** noch

nicht absehbar. Nach ersten Schätzungen liegt der Raumbedarf – einschließlich Verkehrsflächen – für ein barrierefreies Gebäude bei rund 970 qm.

Möglicher Baubeginn liegt im Jahr 2025, so dass eine Fertigstellung in 2026 angestrebt wird.

Im Haushaltsplanentwurf 2023 für die Jahre 2023 – 2026 sind insgesamt 5 Mio. € für die Planung und Errichtung des OGS-Neubaus in Beckum eingestellt.

## 5. Situation der Kinderbetreuung

### Folie 31

Wir haben die **vierthöchste Geburtenrate (+ 7,9 %) in ganz NRW (NRW-Ø 2,5 %)**. Das ist ein Umstand, der mich mit unglaublicher Freude erfüllt. Eine hohe Geburtenrate ist (in unseren Breiten) ein untrüglicher Indikator für Optimismus und den Glauben junger Menschen an eine gute Zukunft. Es zeigt sich, dass es sich im Kreis Warendorf gut leben lässt, dass junge Menschen hier ihre Zukunft aufbauen wollen.

In diesem Zuge steigt natürlich auch die Nachfrage nach Betreuungsplätzen. Und obwohl wir das Angebot seit Jahren massiv ausbauen, steigt die Nachfrage vor allem für die Betreuung einjähriger Kinder weiter. Die Planung für das Kita-Jahr 2023/24 geht von 441 zusätzlichen Plätzen im U3- und Ü3-Bereich aus.

In allen zehn Städten und Gemeinden im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Jugend und Bildung sind neue Einrichtungen bzw. Gruppenerweiterungen in Bestandseinrichtungen in baulicher Umsetzung bzw. in Planung.

Bei einer angenommenen Steigerung der Kindpauschalen von 1,5% ergibt sich ein Mehraufwand von gut 1 Mio €.

### Folie 32

Der enorme Ausbaubedarf zieht an acht Standorten **Übergangslösungen** nach sich. Und hier kommt die Anschaffung weiterer Feuerwehr-Kitas ins Spiel. In Abstimmung mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sollen weitere **Module** für Übergangskitagruppen angeschafft werden. So kann fristgerecht die Nutzung von Übergangslösungen schneller umgesetzt werden. Die Mieterträge für die kreiseigenen Module decken im Wesentlichen die lfd. Kosten.

Bislang ist es unter großen Anstrengungen aller zehn Städte und Gemeinden, der Träger und dem Amt für Jugend und Bildung gelungen, **nahezu allen Familien** ein bedarfsgerechtes Angebot zu machen. Bedingt durch die ukrainischen Kinder ist das System mit allen rechtlich möglichen Überbelegungen ziemlich ausgereizt.

Mittlerweile verspüren wir auch einen Fachkräftemangel im Kreis Warendorf. Im nächsten Jahr könnte sich diese Situation im Hinblick auf die notwendige Schaffung der zusätzlichen Plätze verschärfen.

## 6. Arbeitsmarkt und Jobcenter

### Folie 33

Unser Jobcenter ist im Dauereinsatz. Erfreulicherweise können wir feststellen, dass sich Corona- und Energiekrise nicht in unseren Arbeitsmarktzahlen widerspiegeln. Momentan haben wir im Kreis über 98.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – das sind 9.000 Beschäftigte mehr als noch fünf Jahre zuvor.

Dass die Arbeitslosenquote steigt, hat im Wesentlichen damit zu tun, dass unser Jobcenter mit Höchstgeschwindigkeit die geflüchteten Menschen aus der Ukraine aus der Zuständigkeit der Städte und Gemeinden nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in den Rechtskreis des SGB II geholt hat.

Mit einer bemerkenswerten Kraftanstrengung ist es uns gelungen, innerhalb kürzester Zeit über 900 Bedarfsgemeinschaft in den Genuss der besseren SGB II-Leistungen kommen zu lassen.

Allerdings wird mit jedem Tag deutlicher, dass die Herausforderungen hier bei Weitem noch nicht zu Ende sind. Bereits im Eckdatenpapier hatten wir angekündigt, dass wir auf aktuelle Entwicklungen bei den Bedarfsgemeinschaften reagieren und ggf. nachjustieren wollen. Dieser Fall ist nun eingetreten.

Bereits heute sehen wir bei unseren Städten und Gemeinden rund 400 ukrainische Bedarfsgemeinschaften, die wir noch in diesem Jahr in unser System holen werden. Auch lässt der fürchterliche Krieg, der immer stärker gegen die Zivilbevölkerung geführt wird, leider vermuten, dass die Anzahl der geflüchteten aus der Ukraine noch deutlich zunehmen wird.

Auch in diesem Fall ist es nicht ausgeschlossen, dass das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist. Jedenfalls führt die Veranschlagung von weiteren 500 Bedarfsgemeinschaften zu mehr Aufwendungen für den Kreishaushalt in Höhe von rund 1,5 Millionen €. Erfreulicherweise können wir diese an anderer Stelle kompensieren.

Damit sind die Unsicherheiten für unser Jobcenter aber noch lange nicht zu Ende. Heute werden die Gesetzesentwürfe von Bürgergeld und Wohngeld plus im Bundesrat behandelt. Ob sie auch verabschiedet werden und damit zum 1. Januar 2023 in Kraft treten können, ist ungewiss. Hier hoffen wir zum Wohle aller Beteiligten, dass schnellstens ein tragfähiger Kompromiss gefunden wird.

## **Kritik am Bürgergeld**

### **Folie 34**

Allerdings sehe ich ein grundsätzliches Problem bei der geplanten Einführung des Bürgergeldes. Die soziale Grundsicherung fußt auf dem erfolgreichen Prinzip des Forderns und Förderns. Der Gesetzentwurf der Ampel zum Bürgergeld führt die Komponente des Forderns allerdings fast vollständig zurück. Das kritisiere ich mit Nachdruck.

Wir haben in Deutschland aktuell knapp zwei Millionen offene Stellen in der Wirtschaft. In so einer Lage müssen wir den Menschen mehr denn je Anreize zur

Arbeitsaufnahme bieten. Stattdessen schwächt der vorliegende Entwurf die Motivation eine Arbeit aufzunehmen.

Zudem ist es Steuerzahlern mit niedrigen und mittleren Einkommen kaum zu vermitteln, dass Leistungsempfänger ihre Einfamilienhäuser und bis zu 150.000 Euro an Vermögen behalten dürfen.

Verbesserte Anreize im Bereich der Weiterbildung und der Verzicht auf härtere Sonderregelungen bei Pflichtverletzungen von Personen unter 25 Jahren sind begrüßenswert, wiegen die grundsätzlich falsche Richtungsentscheidung aber nicht auf.

**Kurzum: Wir haben nicht 10 Jahre eine überaus erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt erreicht, um jetzt mit dem Jobcenter zur Auszahlstelle der Bundesrepublik Deutschland zu werden.**

## 7. Kultur

### Folie 35

In dieser bewegten Zeit, die viele Unwägbarkeiten mit sich bringt, hat Kultur einen noch höheren Stellenwert als sonst. Daher bin ich froh, dass wir im Kreis Warendorf eine nennenswerte Zahl an kulturellen Einrichtungen haben. Gerade unsere Museen auf **Haus Nottbeck** und in **Liesborn** sowie das **Religio** in Telgte sind überregional bekannte Adressen. Und ich freue mich, dass immer wieder neue, moderne Ansätze erdacht werden, um die Häuser für Besucherinnen und Besucher interessant und attraktiv zu machen.

Nehmen wir etwa die **Rincklake Ausstellung, die vom 19. Juni bis 11. September parallel in Liesborn sowie auf Nottbeck und Harkotten gezeigt wurde**. Johann Christoph Rincklake, der 1764 in Harsewinkel geboren wurde und 1813 in Münster verstarb, ist ein Maler, der für unsere Region von besonderer Bedeutung ist. Für unsere drei im Kreis Warendorf gelegenen Ausstellungshäuser stellte die Ausstellung das erste **größere Kooperationsprojekt** dar und hat zu

einer **engeren Vernetzung der Häuser** geführt Insgesamt wurden knapp 10.000 Besucher und Besucherinnen gezählt (Liesborn: 5.618, Nottbeck knapp 2.500, Harkotten rund 1.500)

### **Folie 36**

**Zudem wurde im Museum Abtei Liesborn die Ausstellung „Mönch ärgere dich nicht“ gezeigt, die sich ganz explizit an jüngere Menschen und Familien mit Kindern richtet.** Seit dem 28. August waren 1500 Besucher im Haus zu Gast. Die Ausstellungszeit läuft noch bis 20. November. Die Ausstellung zeichnet sich durch Innovationen, die Erschließung neuer Besuchergruppen, eine hohe Aufmerksamkeit durch das ungewöhnliche Thema, interaktives und multimediales Ausstellungskonzept und eine Vernetzung mit Hochschule und externen Experten.

### **Folie 37**

**Einen absoluten Besucherrekord verzeichnete die Expressionisten-Ausstellung** in diesem Jahr. In einem nur zweimonatigen Ausstellungszeitraum sahen 5.137 Besucher diese Ausstellung. Damit ist sie – bezogen auf die Besucherzahlen – die erfolgreichste Ausstellung in der bisherigen Geschichte des Museums.

Und auch bei dieser Ausstellung hat das Team um Dr. Sebastian Steinbach auf Innovationen gesetzt. Zum ersten Mal hat das Museum Abtei Liesborn Kunstwerke von weltberühmten Künstlern der Klassischen Moderne gezeigt und dabei erstmals den Besuchern ein Audio-Guide mittels QR-Codes zur Verfügung gestellt.

### **Folie 38**

Das Religio in Telgte hat sich mit der Wanderausstellung **„Er gehört zu mir. Muslimische Lebenswelten in Deutschland“** einem gesellschaftlich ausgesprochen relevanten und nicht gänzlich unkritischen Thema gewidmet. Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Aydan Özoğuz,

und die frühere Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, haben die Schirmherrschaft für diese Ausstellung übernommen.

**Die Ausstellung wurde als so bedeutsam wahrgenommen, dass die** Vizepräsidentin zur Eröffnung nach Telgte kam. **Insgesamt haben rund 4.500 Menschen diese Ausstellung gesehen. Die dazugehörige Wanderausstellung wurde in Ahlen, im Kreishaus in Warendorf** aktuell in der Stadtbücherei Bochum und im kommenden Jahr noch beim Caritasverband für den Kreis Coesfeld ausgestellt.

## **Ausblick Umbau Museum Abtei Liesborn**

### **Folie 39**

Auch zum Umbau des Museums Abtei Liesborn kann ich Ihnen erfreuliche Auskunft geben. Aktuell laufen die allerletzten kleinen Vergabeverfahren, sodass ab Ende November alle Aufträge erteilt sein werden.

Der Estrich ist inzwischen fertiggestellt.

Ein Aufzugsbauer für den Aufzug des Evangeliars ist inzwischen nach der vierten Ausschreibungsrunde gefunden.

Die Arbeiten am Vorplatz laufen gut. Der neue Zugang ist fast fertig.

Der neue Fassadenabschnitt mit dem neuen Eingang und der großen Glasfläche darüber ist bis auf den Fassadenanstrich ebenfalls fertig.

Innen erfolgt in Kürze der Schwenk von den Hochbaugewerken zu den Ausstellungsinstallationen.

Der aktuelle Baufortschritt gibt Grund zu Optimismus, dass die für die Jahresmitte 2023 geplante Eröffnung klappen wird.

## **8. Sport**

## **Folie 40**

**Sport ist ein wesentlicher Faktor für den Zusammenhalt der Gesellschaft, für Integration und individuelles Wohlbefinden. Sport hat in unseren Dörfern und Städten einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert.**

**Um seine Aufgaben wahrnehmen zu können, erhält der** Kreissportbund (KSB) zur Förderung der Vereine einen jährlichen Zuschuss von 57.000 € und eine jährliche Pauschale von knapp 7.000 € zur Förderung des Breitensports.

Eine zusätzliche Förderung des KSB erfolgt durch die unentgeltliche Bereitstellung der Sporthallen im finanziellen Umfang von 240.000 €. Für die Nutzung der Räumlichkeiten des KSB in der ehemaligen Geschäftsstelle von Rot Weiß Ahlen werden Nebenkosten von 6.000 € übernommen.

## **MünsterlandGiro – Spitzensport im Kreis Warendorf**

Am Tag der deutschen Einheit führte der MünsterlandGiro wieder einmal durch den Kreis Warendorf. Die Übertragung auf verschiedenen Sportkanälen und im WDR sowie die Berichterstattung in den Sportteilen aller Tageszeitungen in Deutschland haben dem Kreis Warendorf eine unbezahlbare Werbekampagne geboten. Wir werden als Radsport-Hochburg gesehen.

Die vielen Menschen in den Dörfern und Städten, die die Strecke säumten und den Fahrern zujubelten zeigten das Bild einer radsportbegeisterten Region. Stundelang zeigte der WDR unsere schöne Heimat und lud Radfahrer aus dem ganzen Land zu uns ein. Ein Event, das den Radtourismus im Kreis Warendorf mit Sicherheit fördern wird.

## **Folie 41**



## **IV. Ausblick und Chancen des ländlichen Raums**

Wir erleben nicht weniger als eine Renaissance des Landlebens! Wir sehen, dass sich viele Menschen von den Metropolen, den Ballungsgebieten abwenden und dem Land bzw. dem verstädterten Umland zuwenden.

Das gilt auch ganz explizit für unseren Kreis Warendorf. Die Geburtenrate stieg im vergangenen Jahr um 7,9 % - ein absoluter Spitzenwert in NRW. Eine kürzlich erfolgte Abfrage der Kreisverwaltung bei den Städten und Gemeinden kam zu dem Ergebnis, dass zum 31. Juli 2022 nicht weniger als 290.000 Menschen in unserem Kreis lebten. Das sind 12.000 Menschen mehr als vom Statistischen Landesamt angegeben.

Angesichts von Fachkräftemangel und anderer negativer Folgen von Bevölkerungsschwund und Überalterung sind dies sehr gute Aussichten für uns. Und auch das renommierte Wirtschaftsforschungs-Institut Prognos hat das Münsterland in seinem jüngsten Zukunftsatlas, der 400 Landkreise und kreisfreie Städte in Deutschland nach seinen Zukunftschancen bewertet, als eine der Zukunftsregionen eingeordnet. So heißt es in der Studie: „Auffällig ist unter anderem der starke Nordwesten mit Top-Wachstumsraten zum Beispiel im Emsland und im Münsterland.“ Das Münsterland hat sich als Region etabliert, in der die Zukunftschancen die Risiken überwiegen.

Der Kreis Warendorf konnte sich konkret von Platz 194 auf Platz 139 (von 400) deutlich verbessern. Er gilt als Landkreis mit „hohen Chancen“. Die Studie zeigt, dass wir in den Themenfeldern Demografie, Arbeitsmarkt, Wettbewerb und Innovation sowie Wohlstand und soziale Lage stabil aufgestellt sind. Wir verzeichnen einen Bevölkerungszuwachs, einen stabilen Arbeitsmarkt und im weltweiten Wettbewerb gut aufgestellte, innovative mittelständische Unternehmen.

Dieses wirtschaftliche Rückgrat stimmt mich hoffnungsvoll, denn diese wirtschaftliche Kraft brauchen wir, denn es kommen wahrlich große Aufgaben auf die kommunale Familie zu.

Sozialleistungen sowie Investitionen in Bildung und Integration müssen zuvor erwirtschaftet werden. Alleine eine starke Wirtschaft ist das Fundament für den Wohlfahrtsstaat. Und vor allem ein solides produzierendes Gewerbe und das Handwerk sind das Fundament einer gesunden Volkswirtschaft – allein mit Dienstleistungen wird das nicht gelingen.

Deshalb ist es auch unsere Aufgabe, den hier verwurzelten Unternehmen eine gute Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und neue Unternehmen zur Ansiedelung bei uns zu bewegen. Das schaffen wir mit einem leistungsfähigen Verkehrsnetz – mit Straßen, mit Radwegen, aber auch mit einem attraktiven ÖPNV. Dazu gehören aber auch Fachkräfte, die wir durch Wohnraum anlocken und durch gute Bildungseinrichtungen und eine enge Kooperation zwischen Schulen, Elternhäusern, Unternehmen, Verbänden und Wirtschaftsförderung zusammenbringen. Das Standortmarketing, mit dem der Kreistag die GfW beauftragt hat, wird hierbei ein wichtiges Instrument sein.

Dazu gehört auch das schnelle Internet, das wir kontinuierlich ausbauen. Erst vor wenigen Wochen haben wir durch Kooperationsverträge weitere Gewerbegebiete ans Breitband-Internet angeschlossen. Ohne stabile und leistungsfähige Datenautobahnen sind die Gewerbegebiete nicht interessant.

Um für Zuzüge und die Fachkräftegewinnung gerüstet zu sein, brauchen wir ein kräftiges Standortmarketing, mit dem der Kreistag die GfW ja beauftragt hat. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren und werden uns im kommenden Jahr beschäftigen.

## **Schluss**

**Folie 42**